

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

Der neue Landtag

Die Abgeordneten der 5. Wahlperiode
Die Konstituierung des Landtages
Die Gremien des Landtages
Interview mit Landtagspräsidentin
Sylvia Bretschneider

Sitzungsplan 2007

Die neue Regierung

Wahl des Ministerpräsidenten
Vereidigung der Minister

Die Landtagswahl

Wahlergebnisse
vom 17. September 2006
Sitzverteilung im Landtag



Jahrgang 16
7 / 2006

Inhalt

Der neue Landtag	3 – 6
Konstituierung Interview mit der wieder gewählten Landtagspräsidentin Die Gremien des Landtages Alterspräsident Dr. Henning von Storch	
Die neue Regierung	7
Wahl des Ministerpräsidenten Vereidigung der Minister	
Die Landtagswahl	8
Wahlergebnis und Sitzverteilung Die Wahlkreise Die Abgeordneten des Landtages der 5. Wahlperiode	
Plenarsitzung	17
Änderung Abgeordnetengesetz Immunitätsangelegenheiten	
Panoram	18
Der Umweltpreis des Landtages Verabschiedung der ehemaligen Abgeordneten	
Zeitplan 2007	19

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,
Fon: 0385 / 525-2183, Fax: 0385 / 525 2151,
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth
Klörengang 5, 19053 Schwerin
Fon: 03 85 / 48 56 3-0,
Fax: 03 85 / 48 56 3-24

Titelbild:

Seit 1990 hat der Landtag Mecklenburg-
Vorpommern seinen Sitz im Schweriner Schloss.

Bildnachweis:

Balewski (18/2)
Büttner (3/1, 17/1)
Fraktion der CDU (Fotos S. 12/13)
Fraktion der FDP (Fotos S. 15)
Fraktion der Linkspartei.PDS (Fotos S. 14)
Fraktion der NPD (Fotos S. 16)
Fraktion der SPD (Fotos S. 10/11)
Kettler (4/1-2, 5/1-5, 8/1, 9/1, 10/1, 12/1)
Privat (2/1)
Landtagsverwaltung/Richter (Titelbild, 18/1, 20/4)
Landtagsverwaltung/Schulz (20/3)
Staatskanzlei/Büttner (7/1)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Letzte Chance im demokratischen Sektor

Mecklenburg-Vorpommern hat einen Regierungswechsel erlebt. Acht Jahre regierte die SPD mit der Linkspartei.PDS. Anfangs 1998 ein bundesweit argwöhnisch beäugter Tabubruch, aber angesichts des verkarsteten Drei-Parteien-Parlaments die einzige Alternative zur Ablösung der bis dahin regierenden CDU-geführten Großen Koalition.

Nun lenkt wieder eine Große Koalition die Geschicke des Landes. Diesmal indes von der SPD angeführt. Ob dies tatsächlich auch mit einem Politikwechsel einhergeht, muss sich erst erweisen. Der Koalitionsvertrag deutet kaum darauf hin. Auch die parteipolitische wie personelle Umbesetzung der Schlüsselressorts Wirtschaft und Arbeit, Innen und Kultus verspricht eher stilistische als inhaltliche Änderungen. An den Reformen, die SPD und Linkspartei.PDS überwiegend gegen die CDU sowie gegen die Stimmung bei Lobbygruppen und Bevölkerung durchsetzten, sind kaum Abstriche vereinbart, nur juristische Schutzklauseln.

Es gab aber nicht nur einen Regierungswechsel. Der Landtag ist erstmals seit 1994 mit fünf Parteien wieder vielfältiger. Allerdings um den Preis eines neuen, jedoch längst nicht mehr singulären Tabubruchs: Das Schweriner Schloss ist das dritte ostdeutsche Parlament, in dem sich eine rechtsextreme Partei eingemischt hat. Das wäre nicht das Problem. Schließlich müssen gerade Demokraten den Wählerwillen respektieren. Das Problem ist, dass diese NPD, die das demokratische System abschaffen will, just jenes System mit all seinen Insignien benutzt. Sie baut nun offiziell mit Steuergeldern hauptamtliche Strukturen auf, die sie nicht etwa nutzen will, um ernsthafte parlamentarische Arbeit zu leisten. Sondern um ihre außerparlamentarischen Strukturen zu stützen und über sie ihre destruktive Propaganda gegen das System zu forcieren, aus dessen Quellen sie sich speist und dessen Regeln sie sich bedient. Selbst wenn ein Großteil der 60.000 NPD-Wähler rein aus Protest die extremen Politikdarsteller angekreuzt hat und sich angesichts deren politikgestalterischer Harmlosigkeit bald wieder von ihnen abwenden sollte – der Wahlerfolg der NPD müsste der finale Anstoß zum tatsächlichen Politikwechsel sein. Nicht so sehr zum Wechsel der Inhalte, vielmehr der Art und Weise politischen Handelns: Landespolitik darf sich nicht in akademisch abgehobenen, selbstgewissen Ritualen am Grünen Tisch in Schwerin erschöpfen. Demokratie ist kein Selbstzweck. Menschen haben mit dem Wahlakt Ihresgleichen zu Berufspolitikern gemacht, sie abgeordnet, damit die ihre Lebenssituation möglichst verbessern, jedenfalls nicht verschlechtern. Wie man zu Problemlösungen kommt, warum kluge Ideen aufwendige Prozeduren durchlaufen müssen, weil widerstrei-



Michael Seidel

Der Autor, geb. in Wernigerode/Harz, studierte Journalistik an der Universität Leipzig. Er ist Mitglied der Landespressekonferenz M-V e.V., war seit 1995 landespolitischer Korrespondent des *Nordkurier* und ist seit November 2006 *Nordkurier*-Deskchef in Neubrandenburg.

tende Interessen Kompromisse und Ausgleich erfordern – das müssen Abgeordnete beständiger als nur vor Wahlen unter jenes Volk bringen, das sie ins Parlament abgeordnet hat. Dafür bedürfte es kreativerer Formen wie auch des Tätigwerdens dafür vorgesehener staatlicher Institutionen. Womöglich muss dieses Volk auch mehr Gelegenheit erhalten, an Entscheidungen mitzuwirken. Sicher kann es nicht zu jeder Detailregelung einen Volksentscheid geben. Dafür stehen unaufwändigere Formen zu Gebote – von Sprechstunden in Wahlkreisbüros über Beiräte bis zu Landtags-Anhörungen. Doch für grundlegende Weichenstellungen – etwa die Frage, ob für Bildung und Kinderbetreuung mehr Geld als in anderen Bundesländern aufgewendet und welcher Bereich dafür unterdurchschnittlich ausgestattet werden soll – lohnte es, das Volk zu befragen. Das würde im Vorfeld Kampagnen erfordern und so Politiker zwingen, ihre Vorhaben verständlicher zu formulieren und zu begründen, sie mit „normalen“ Menschen wie Fachleuten ernsthaft zu diskutieren. Den nachfolgenden Detailentscheidungen würde so mehr demokratische Legitimation verschafft.

Die fünfte Wahlperiode ist bei aller Belastung durch die Rechtsextremen auch eine Chance: Die Demokraten können in direkter Konfrontation beweisen, dass sie und nicht die Sprücheklopfer in der Lage sind, das Land und seine Menschen voranzubringen – eben durch die Klugheit und Transparenz demokratischer Prozesse. Dazu müssten Parteien attraktive Beteiligungsformen entwickeln, vor allem in ländlichen Regionen, in denen sie ein Vakuum zuließen, das die Rechtsextremen füllen. Wenn Landesparteien jedoch durch Selbstgenügsamkeit weiter auf Mitgliederzahlen schrumpfen, die noch unterhalb der westdeutscher Ortsvereine sinkt, fehlt ihnen nicht nur die Kampagnenfähigkeit, sondern zusehends die Legitimation, über die Geschicke der unorganisierten, unbeteiligten Mehrheit zu bestimmen. Dann droht, dass Extremisten noch mehr Deutungshoheit übernehmen – und die Demokratie sich tatsächlich disqualifiziert.

Michael Seidel

Landtag konstituierte sich

Präsidentin mit großer Mehrheit im Amt bestätigt

Vier Wochen nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern hat Alterspräsident Dr. Henning von Storch (CDU) am 16. Oktober die neue Legislaturperiode mit einem Aufruf zur Verteidigung der Demokratie eröffnet. „Seien wir entschlossen, wenn es darum geht, die 1989 wieder erlangte Demokratie auszugestalten und zu schützen“, sagte der 72-Jährige. Im 71 Abgeordnete umfassenden Plenum sind neben den bisherigen Parlamentsparteien SPD, CDU und Linkspartei.PDS auch die FDP und erstmals die rechtsextreme NPD vertreten. Nach einer Verfassungsänderung vom Sommer amtiert der Landtag nun fünf Jahre lang statt vier Jahre.

Als Landtagspräsidentin wurde **Sylvia Bretschneider** (SPD) von 61 der 71 Abgeordneten wieder gewählt. Sie kündigte in ihrer Antrittsrede an, bei aller Neutralität ihres Amtes für die Verteidigung der Demokratie Partei zu ergreifen und rassistische oder verfassungsfeindliche Äußerungen nicht zu dulden. „Mecklenburg-Vorpommern ist und bleibt ein Land, in dem Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus nichts zu suchen haben“, sagte sie.

Zu Vizepräsidenten wurden **Renate Holznagel** (CDU) und **Andreas Bluhm** (Linkspartei.PDS) gewählt, die das Amt bereits in der vergangenen Legislaturperiode innehatten. Auf Antrag der FDP wurde **Hans Kreher** zu einem zusätzlichen dritten Vizepräsidenten gewählt. Die NPD lehnte die Ausweitung des Präsidiums zunächst ab, benannte dann aber als eigenen Kandidaten **Tino Müller**, der aber keine Mehrheit bekam.

Bei der Abstimmung über die künftige Geschäftsordnung brachte die NPD allein 22 kurzfristig eingereichte Änderungsanträge zum gemeinsamen Entwurf von SPD, CDU, Linkspartei und FDP ins Parlament ein. Sie wurden von den anderen Parteien aber alle abgelehnt. Die Abstimmungen über den Gesetzentwurf boykottierten die NPD-Abgeordneten, sie votierten weder mit Ja oder Nein noch mit Enthaltung. Sie sehen sich durch die neue Geschäftsordnung benachteiligt. Unter anderem befürchten sie, bei den Redezeiten zu kurz zu kommen.

Gegen den Widerstand der NPD änderte der Landtag auch das Zählverfahren zur Berechnung der Zahl von Ausschuss-Vorsitzen, die den einzelnen Fraktionen zustehen. Dies wird in der 5. Wahlperiode nach dem Verfahren von d'Hondt berechnet.



Am 16. Oktober kam der neu gewählte Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen.

STICHWORT

Der Landtag

Artikel 20

(Aufgaben und Zusammensetzung)

(1) Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes. Er ist Stätte der politischen Willensbildung. Er wählt den Ministerpräsidenten, übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die Tätigkeit der Landesregierung und der Landesverwaltung. Er behandelt öffentliche Angelegenheiten.

(2) Der Landtag besteht aus mindestens einundsiebzig Abgeordneten. Sie werden in freier, gleicher, allgemeiner, geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Die in Satz 1 genannte Zahl ändert sich nur, wenn Überhang- oder Ausgleichsmandate entstehen oder wenn Sitze leer bleiben. Das Nähere regelt das Gesetz.

(3) Sitz des Landtages ist das Schloss zu Schwerin.

Artikel 22

(Stellung der Abgeordneten)

(1) Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Die Abgeordneten haben das Recht, im Landtag und in seinen Ausschüssen das Wort zu ergreifen sowie Fragen und Anträge zu stellen. Sie können bei Wahlen und Beschlüssen ihre Stimme abgeben. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(3) Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Dieser Anspruch ist weder übertragbar noch kann auf ihn verzichtet werden. Das Nähere regelt das Gesetz.

Artikel 27

(Wahlperiode)

(1) Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages. Die Neuwahl findet frühestens siebenundfünfzig, spätestens neunundfünfzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt.

(2) Der Landtag kann auf Antrag eines Drittels mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder unter gleichzeitiger Bestimmung eines Termins zur Neuwahl die Wahlperiode vorzeitig beenden. Über den Antrag auf Beendigung kann frühestens nach einer Woche und muss spätestens einen Monat nach Abschluss der Aussprache abgestimmt werden. Die Neuwahl darf frühestens sechzig Tage und muss spätestens neunzig Tage nach dem Beschluss über die Beendigung der Wahlperiode stattfinden.

Artikel 28

(Zusammentritt des Landtages)

Nach jeder Neuwahl tritt der Landtag spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammen. Er wird vom Präsidenten des alten Landtages einberufen.

(Aus der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern)

„Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie!“

Interview mit der wieder gewählten Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider



Nachdem sie dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern bereits in seiner 4. Wahlperiode vorstand, wurde Sylvia Bretschneider (SPD) am 16. Oktober erneut zur Parlamentspräsidentin gewählt.

Frau Bretschneider – bei Ihrer Wahl zur Landtagspräsidentin gaben Ihnen 61 Abgeordnete ihre Stimme. Neun votierten gegen Sie, einer enthielt sich. Sind Sie mit diesem Wahlergebnis zufrieden?

Ich freue mich über die große Zustimmung, mir wiederum das Vertrauen auszusprechen, als Landtagspräsidentin der Volksvertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorzustehen. Da ich weitaus mehr Stimmen erhalten habe als bei meiner ersten Wahl, glaube ich, dass ich das als Zustimmung zu meiner bisherigen Arbeit als Präsidentin des Landtages werten darf.

Wie wollen Sie das Parlament leiten?

Ich werde alles daran setzen, dieses Amt so auszufüllen, wie es die Verfassung unseres Landes und die Geschäftsordnung dieses hohen Hauses erfordern: das Parlament gerecht, ohne Ansehen der Person oder politischen Richtung zu leiten und mich nach außen, aber auch nach innen zum Wohle des gesamten Parlaments einzusetzen und dabei Neutralität und Sachlichkeit walten zu lassen.

Heißt das, dass Sie politisch neutral sind?

Als Repräsentantin des Parlaments ja. Aber bei aller Neutralität in der Amtsführung werde ich Partei ergreifen, wenn es um die Verteidigung unserer parlamentarischen Demokratie geht oder wenn die Grundwerte unserer Verfassung und des Grundgesetzes angegriffen werden.

Mein Amtsverständnis und meine politische Grundüberzeugung gebieten es, dass ich das Parlament als höchstes Verfassungsorgan unseres Landes gegen alle extremistischen Angriffe verteidigen und undemokratische, rassistische oder verfassungsfeindliche Handlungen, Äußerungen und Verhaltensweisen in diesem Hause nicht dulden werde.

Dem Landtag gehören nun fünf Fraktionen an – mit der NPD auch eine rechtsextreme Partei. Welche Konsequenzen hat das für die parlamentarische Arbeit?

Selbstverständlich haben wir das Ergebnis der demokratischen Wahl dieses Parlaments zu akzeptieren. Aber – das habe ich bei meiner Antrittsrede bei der konstituierenden Sitzung gesagt und möchte es auch an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Dem Landtag gehört erstmals eine Fraktion an, die den Grund- und Wertekonsens der Demokratie für sich nicht gelten lässt. Eine Partei, deren Mitglieder von sich selbst sagen, dass sie unser demokratisches System abschaffen und Demokraten als Mitglieder von Systemparteien herabwürdigen wollen.

Schon die ersten Sitzungen des Parlaments haben gezeigt, dass sich durch das Agieren der NPD die politische Kultur im Landtag verändert hat. Umso wichtiger ist es, dass die demokratischen Parteien die populistischen Auftritte der NPD entlarven und durch ihr Agieren im Parlament und in den Regionen auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückge-

winnen, die sich bei der Landtagswahl von den Parolen der Rechtsextremisten beeindrucken ließen.

Einer Ihrer Schwerpunkte in der vergangenen Wahlperiode war die politische Bildung der Jugend. Bleibt das auf Ihrer Prioritätenliste ganz oben?

Auf jeden Fall! Wir müssen den jungen Menschen den Wert der Demokratie erlebbar machen und sie dafür gewinnen, sich für unsere Demokratie mit ihren eigenen Vorstellungen, Ideen und Zielen einzusetzen. Der Landtag selbst bietet engagierten jungen Leuten verschiedene Möglichkeiten der Mitwirkung. So werden wir im kommenden Sommer zusammen mit dem Landesjugendring erneut 100 Jugendliche aus dem ganzen Land einladen, bei unserem Projekt „Jugend im Landtag“ hier im Schloss miteinander und mit den Abgeordneten zu diskutieren und Ideen zur Lösung von Problemen zu entwickeln. Als zweites Beispiel möchte ich unser Landtagsprojekt „Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ anführen. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten ist wichtiger denn je, damit gerade Jugendliche begreifen, wohin Rassismus, Nationalismus und Fremdenhass führen.

Besucher, die die Sitzung live verfolgen, haben oft den Eindruck, dass sich die Abgeordneten im Plenum nur streiten, anstatt Entscheidungen für das Land zu treffen.

Der Meinungsstreit, der vor allem hier im Parlament ausgetragen wird, ist keine Schwäche unseres demokratischen Systems, sondern seine Stärke. Eine pluralistische Gesellschaft, in der verschiedene Meinungen und Auffassungen zu politischen Themen bestehen, spiegelt sich natürlich auch in den Parteien, den Fraktionen und der Regierung wider. Deshalb kann es in und zwischen den einzelnen Parteien und Fraktionen nicht immer harmonisch zugehen. Ohne solche Meinungsdivergenzen gäbe es kein Ringen um den besten Weg zur Lösung eines Problems. Erst wenn die unterschiedlichen Auffassungen diskutiert und gegeneinander abgewogen sind, ist die von der Parlamentsmehrheit getroffene Entscheidung auch tragfähig.

Eine Überzeugung teilen jedoch alle demokratischen Parteien in diesem Landtag: Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie!

Verstärkung für die Präsidentin

Drei Vizepräsidenten des Landtages gewählt

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** wird in der neuen Wahlperiode von drei Stellvertretern unterstützt. Der Landtag wählte am 16. Oktober **Renate Holznagel** (CDU), **Andreas Bluhm** (Linkspartei.PDS) und **Hans Kreher** (FDP) zu Vizepräsidenten des Landtages. Im Gegensatz zu Holznagel und Bluhm, die bereits in den vorhergegangenen Wahlperioden als Vizepräsidenten wirkten, wurde Kreher zum ersten Mal in diese Funktion gewählt. Während Kreher 62 Ja-Stimmen erhielt, erreichte sein direkter Konkurrent um dieses Amt, Tino Müller von der NPD-Fraktion, mit sechs Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit.

Renate Holznagel

Die Diplom-Tierärztin wurde 1949 in Loitz geboren. Sie gehört dem Landtag seit Juni 1991 an. Von 1994 bis 1998 war sie stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, seit 1998 bekleidet sie das Amt der 1. Vizepräsidentin. In der vergangenen Wahlperiode war sie stellvertretende Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses und Sprecherin ihrer Fraktion für Agrarpolitik.

Ehrenamtlich engagiert sie sich u.a. als Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutsche Ostseeküste.



Unterstützen Sylvia Bretschneider als Vizepräsidenten bei ihrer Arbeit: v.l. Andreas Bluhm (Linkspartei.PDS, 2. Vizepräsident), Renate Holznagel (CDU, 1. Vizepräsidentin) und Hans Kreher (FDP, 3. Vizepräsident).

Andreas Bluhm

Der gelernte Maschinen- und Anlagenmonteur und Diplomgesellschaftswissenschaftler wurde 1959 geboren und wohnt in seiner Geburtsstadt Schwerin. Er ist seit 26. Oktober 1990 Mitglied des Landtages. Von 1995 bis 1998 war er stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion. Seit November 2001 ist er 2. Vizepräsident des Landtages. In der vergangenen Wahlperiode war er Mitglied im Bildungsausschuss und Sprecher seiner Fraktion für Bildung, Hochschulen, Medien und Sport. Bluhm ist Mitglied des Präsidiums des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern und des Hörfunkrates des DeutschlandRadio.

Hans Kreher

Der Gymnasiallehrer für Kunst und Deutsch wurde 1943 in Triptis/Thüringen geboren und wohnt in Bad Kleinen. Ende 2005 schied er aus Altersgründen aus dem Schuldienst aus. Der Landesvorsitzende der FDP Mecklenburg-Vorpommern ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Bad Kleinen und Abgeordneter des Kreistages Nordwestmecklenburg. Er gehört dem Landtag seit 16. Oktober 2006 an und ist Sprecher seiner Fraktion für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Sitzungspräsidium

Landtag wählte Schriftführer und ihre Stellvertreter

In den Sitzungen des Landtages bilden der amtierende Präsident und die beiden amtierenden Schriftführer das Sitzungspräsidium. Die Schriftführer unterstützen den Präsidenten bei der Leitung der Plenarsitzungen.

Im Besonderen führen sie die Rednerliste, nehmen den Namensaufruf vor und sammeln und zählen die Stimmen. Die Schriftführer und ihre Stellvertreter werden, ebenso wie der Präsident des Landtages und seine Stellvertreter, durch den Landtag in geheimer Abstimmung gewählt.

Folgende Abgeordnete wurden gewählt:

Schriftführer

Angelika Peters	SPD
Martina Tegtmeier	SPD
Burkhard Lenz	CDU
Beate Schlupp	CDU
Birgit Schwes	Linkspartei.PDS
Toralf Schnur	FDP

Stellv. Schriftführer

Thomas Schwarz	SPD
Matthias Lietz	CDU
Peter Stein	CDU
Torsten Koplin	Linkspartei.PDS
Prof. Dr. Fritz Tack	Linkspartei.PDS
Sebastian Ratjen	FDP

Die Kandidaten der NPD-Fraktion Raimund Borrmann, Tino Müller, Michael Andrejewski und Birger Lüssow erhielten nicht die erforderliche Mehrheit.

Die Ausschüsse des Landtages

Nach Artikel 33 der Landesverfassung setzt der Landtag zur Vorbereitung seiner Verhandlungen Ausschüsse ein. Diese werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. Sie können sich auch unabhängig von Aufträgen mit Angelegenheiten aus ihrem Aufgabengebiet befassen und hierzu dem Landtag Empfehlungen geben. Der Petitionsausschuss ist nach Artikel 35 der Landesverfassung für Vorschläge, Bit-

ten und Beschwerden der Bürger zuständig. In seiner 7. Sitzung am 21. November 2006 beschloss der Landtag, folgende Ausschüsse einzusetzen:

- *Petitionsausschuss*
- *Innenausschuss*
- *Europa- und Rechtsausschuss* (Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Immunitätsangelegenheiten)
- *Finanzausschuss*
- *Wirtschaftsausschuss* (Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus)

- *Agrarausschuss* (Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz)
 - *Bildungsausschuss* (Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
 - *Verkehrsausschuss* (Ausschuss für Verkehr, Bau und Landesentwicklung)
 - *Sozialausschuss* (Ausschuss für Soziales und Gesundheit)
- Jedem Ausschuss gehören zehn Abgeordnete an. Die SPD- und die CDU-Fraktion entsenden je drei Mitglieder, die Linkspartei.PDS-Fraktion ist jeweils mit zwei, FDP- und NPD-Fraktion mit je einem Abgeordneten vertreten.

„Unsere Demokratie braucht gebildete Bürger“

Alterpräsident eröffnete traditionsgemäß die neue Legislaturperiode

Alterpräsident Dr. Henning von Storch (CDU) hat am 16. Oktober die neue Legislaturperiode eröffnet. Ein Recht, das traditionsgemäß dem ältesten Abgeordneten zusteht.



Dr. Henning von Storch ist mit 72 Jahren der älteste Abgeordnete des neuen Landtages. Als Alterspräsident eröffnete er die erste Zusammenkunft der Abgeordneten nach der Landtagswahl. Von Storch gehört dem Landtag seit 2002 an und war bereits in der vergangenen Wahlperiode Alterspräsident.

In seiner Eröffnungsrede nannte der 72-Jährige vier Vorzeichen, unter denen

die Arbeit der Abgeordneten seiner Meinung nach in den kommenden fünf Jahren stehen wird: fehlendes Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, sinkende Bevölkerungszahl und neue Anforderungen an die Bildungspolitik. Auf der Konstituierenden Sitzung des Parlaments forderte er mehr Freiraum für die Wirtschaft, weniger staatliche Regelungen und weniger Bürokratie. „Lassen Sie uns bei allen Gesetzesinitiativen mit Montesquieu feststellen: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen“, sagte er.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei vorerst weiter die Unterstützung des Bundes nötig. Den Eltern müsse eine finanziell tragbare Betreuung des Nachwuchses ermöglicht werden, damit sich wieder mehr Menschen für Kinder entscheiden. Zudem müsse sich Familienfreundlichkeit in allen Bereichen durchsetzen. Schließlich plädierte er für ein modernes Bildungswesen. „Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten, braucht sie sogar. Unsere Demokratie dagegen braucht wache, gebildete und interessierte Bürger“, betonte er. „Auch wer Populisten, Extremisten und religiösen Fanatikern entgegentreten will, braucht Wissen, braucht Bildung.“

Von Storch erinnerte namentlich an eine Reihe von Opfern des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Er nannte stellvertretend für viele den früheren SPD-Ministerpräsidenten Johannes Stelling, „der 1933 auf grausame

Weise von SA-Leuten umgebracht wurde“, die Landtagsabgeordneten Hugo Wenzel und Alfred Schulze (KPD), den Landtagsabgeordneten Rudolf Vogler, der den Todesmarsch des KZ Sachsenhausen im April 1945 nicht überlebte. „Ich will auch die Studenten Arno Esch und Gerhard Blankenburg von der Universität Rostock und Günter Neumann von der Universität Greifswald nennen, die Anfang der 50er Jahre in Moskau erschossen wurden...“, sagte er und fügte hinzu: „Die Opfer der Diktaturen mahnen uns, für Demokratie und Rechtsstaat zu arbeiten“. Die Verantwortung liege bei den demokratischen Parteien im Landtag. „Seien wir entschlossen, wenn es darum geht, die 1989 wiedererlangte Demokratie auszugestalten und zu schützen. Mischen wir uns ein! Machen wir mit! Packen wir an!“

STICHWORT

Alterspräsident

Laut Geschäftsordnung des Landtages eröffnet das älteste anwesende Mitglied des Landtages die erste Sitzung des neu gewählten Landtages. Der so genannte Alterspräsident leitet die Sitzung, bis der neu gewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt. Er ernennt zwei Mitglieder des Landtages zu vorläufigen Schriftführern und bildet mit ihnen ein vorläufiges Präsidium.

Seit dem Zusammentritt des ersten frei gewählten Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 26. Oktober 1990 haben vier Abgeordnete das Amt des Alterspräsidenten ausgeübt:

1. Wahlperiode 1990 – 1994

Prof. Dr. Friedrich Täubrich (CDU) aus Plau, geb. 1920

2. Wahlperiode 1994 – 1998

Prof. Dr. Gerhard Poppei (PDS) aus Wismar, geb. 1926

3. Wahlperiode 1998 – 2002

Herbert Helmrich (CDU) aus Schwerin, geb. 1934

4. Wahlperiode 2002 - 2006

Dr. Henning von Storch (CDU) aus Kühlungsborn, geb. 1934



Rund 100 Medienvertreter berichteten live für ihre Zeitungen, Hörfunk- und Fernsehprogramme von den ersten Sitzungen des neuen Landtages.



Die neue Regierung von Mecklenburg-Vorpommern: vordere Reihe v. l. Finanzministerin Sigrid Keler (SPD), Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff (SPD); stv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Jürgen Seidel (CDU), Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU); hintere Reihe v. l. Innenminister Lorenz Caffier (CDU), Minister für Bau, Verkehr und Infrastruktur Dr. Otto Ebnet (SPD), Minister für Soziales und Gesundheit Erwin Sellering (SPD), Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus (SPD), Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Dr. Margret Seemann (SPD), Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Henry Tesch (CDU).

Große Koalition regiert – Landtag wählte Ministerpräsidenten

Neues Kabinett vereidigt

Mecklenburg-Vorpommern wird in den kommenden fünf Jahren von einer großen Koalition unter Führung von Dr. Harald Ringstorff (SPD) regiert. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wählte am 7. November Ringstorff erneut zum Ministerpräsidenten. Der 67-Jährige erhielt 42 der 71 Abgeordnetenstimmen, drei Stimmen weniger als die SPD/CDU-Koalition Sitze hat. Noch am gleichen Tag ernannte Ringstorff die Minister seines Kabinetts, die anschließend ihren Amtseid vor dem Landesparlament ablegten.

Die erstmals im Landtag vertretene rechtsextreme NPD hatte bei der Wahl des Ministerpräsidenten ihren Fraktionschef Udo Pastörs als Gegenkandidaten ins Rennen geschickt. Für ihn votierten sechs Abgeordnete, so viel, wie seine Fraktion Sitze im Parlament hat. Nach der geheimen Wahl des Ministerpräsidenten wurden im Landtag die neuen Minister vereidigt. Damit beendete die bundesweit erste rot-rote Koalition ihre Arbeit.

Dem Kabinett gehören jeweils vier Minister von SPD und CDU an. Die SPD besetzt die Ministerien für Finanzen, Soziales, Landwirtschaft/Umwelt sowie Verkehr/Bau. Alle SPD-Minister waren auch in der alten Regierung. Die CDU stellt die Minister für Wirtschaft/Arbeit/Tourismus, Inneres, Bildung und Justiz. Beide Parteien sind mit jeweils einer Frau im Kabinett vertreten. Bis auf zwei Ressortchefs



„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Land widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

fügten alle Minister an den Amtseid die Formel: „So wahr mir Gott helfe“ an.

Dr. Harald Ringstorff, der das rot-rote Bündnis 1998 gegen den Willen der Bundes-SPD schmiedete und acht Jahre lang führte, hatte sich nach dem knappen SPD-Wahlsieg am 17. September für einen Wechsel des Koalitionspartners entschieden. SPD und Linkspartei.PDS verfügten nur noch über eine minimale Mehrheit von einer Stimme im Parlament.

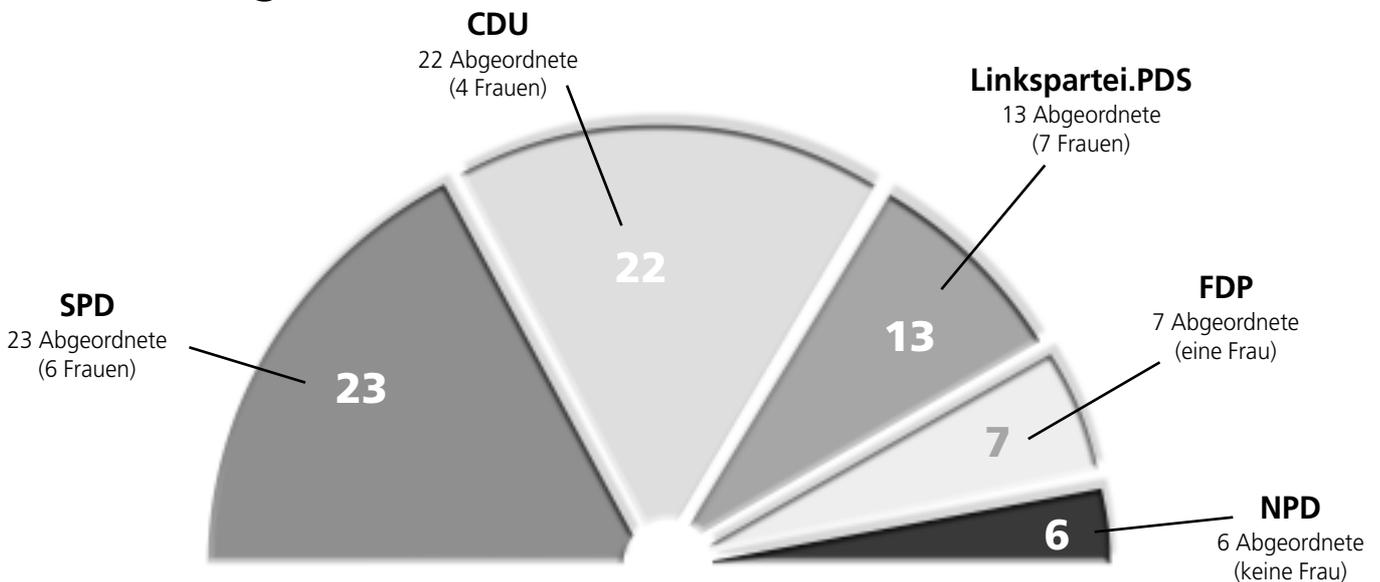
SPD und CDU hatten am 6. November den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit politische Schwerpunkte der fünfjährigen Zusammenarbeit festgelegt. Danach soll die Wirtschaftsförderung künftig stärker auf die Unterstützung der Unternehmen ausgerichtet werden, um Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Wichtig ist nach Aussagen der SPD auch eine solide Finanzpolitik. Ab 2009 will Mecklenburg-Vorpommern keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Die CDU will mit dafür sorgen, dass die Hochschulen ihre Innovationskraft im Land noch besser entfalten. Die CDU hatte im Koalitionsvertrag auch durchgesetzt, dass Familienpolitik einen höheren Stellenwert erhält. Die Umsetzung der umstrittenen Kreisgebietsreform wird vom Urteil des Landesverfassungsgerichtes abhängig gemacht. Die große Koalition in Schwerin verfügt mit 45 der 71 Mandate über eine deutliche Mehrheit im Landtag.

Ergebnis der Landtagswahl vom 17. September 2006

Wahlberechtigte: Wähler: Wahlbeteiligung:	1.415.321 837.018 59,1 %	Wahlkreise (Erststimmen)			Landeslisten (Zweitstimmen)		
		Anzahl	%	Direktmandate	Anzahl	%	Listenplätze
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)		245.370	30,1	15	247.312	30,2	8
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)		252.888	31,0	20	235.350	28,8	2
Die Linkspartei.PDS (Die Linke)		146.772	18,0	1	137.253	16,8	12
Freie Demokratische Partei (FDP)		70.423	8,6	-	78.440	9,6	7
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)		26.991	3,3	-	27.642	3,4	-
Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Offensive D)		x	x	x	631	0,1	-
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)		57.008	7,0	-	59.845	7,3	6
DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)		2.438	0,3	-	5.602	0,7	-
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		800	0,1	-	1.957	0,2	-
Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland, Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“ (Deutschland)		2.653	0,3	-	3.131	0,4	-
Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit (AGFG)		666	0,1	-	1.882	0,2	-
Alternatives Bündnis für soziale Gerechtigkeit (AB)		x	x	x	951	0,1	-
Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)		2.459	0,3	-	4.281	0,5	-
Arbeiter/-innen Partei Deutschland (APD)		x	x	x	774	0,1	-
Bündnis für M-V		4.000	0,5	-	3.547	0,4	-
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS		x	x	x	9.463	1,2	-

Quelle: Statistisches Landesamt M-V

Sitzverteilung

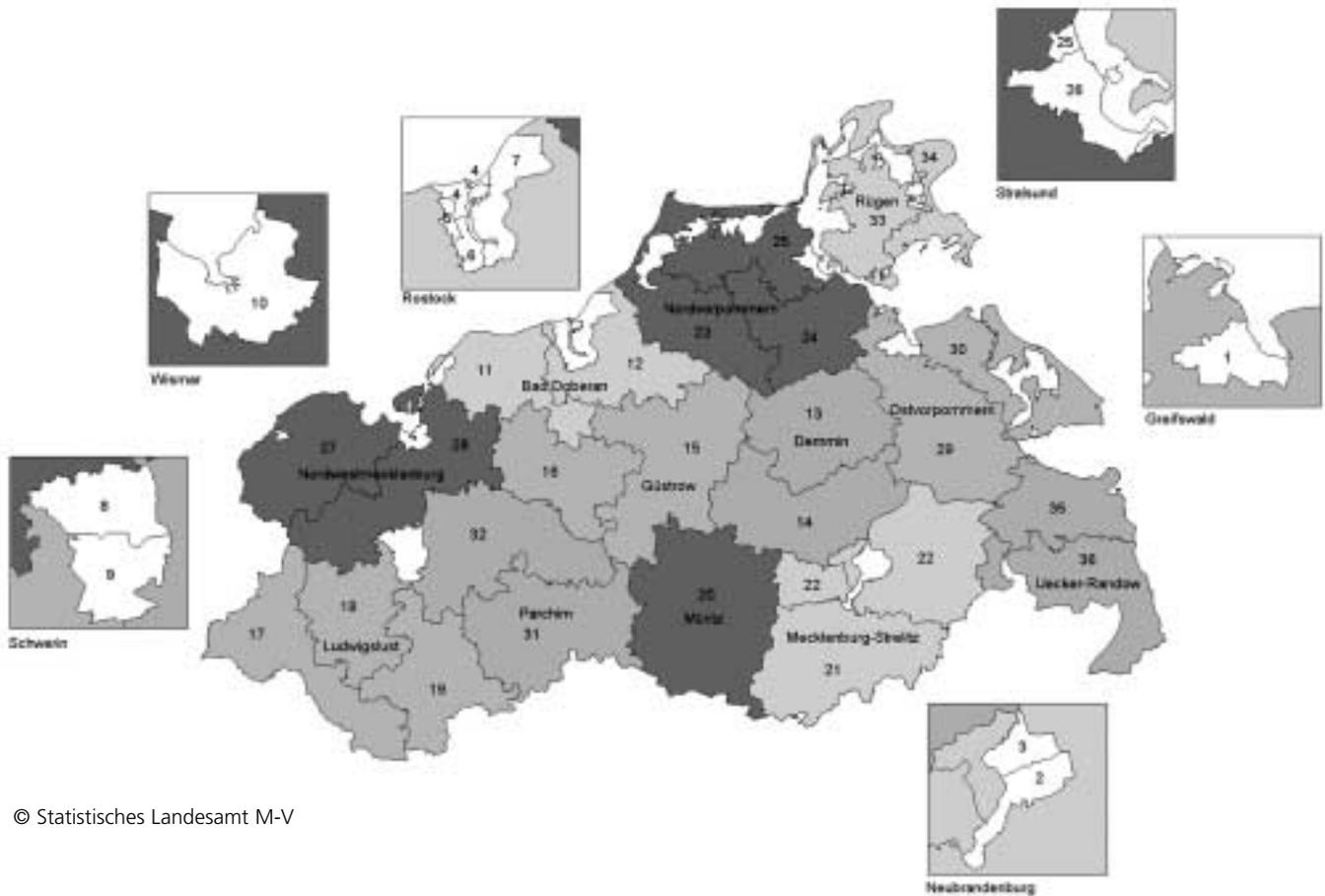


Entscheidend für die Sitzverteilung im Landtag ist der Anteil an Zweitstimmen je Partei. Zur Berechnung der Sitzverteilung wird das so genannte Hare/Niemeyer-Verfahren angewendet. Danach werden die zu vergebenen Sitze mit der Zahl der Zweitstimmen der jeweiligen Partei multipliziert und anschließend durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten dividiert. Die so berechneten ganzen Zahlen entsprechen

den Sitzen der Partei. In einem zweiten Schritt werden die restlichen Sitze nach der Größenordnung der Nachkomma-Stellen vergeben. Anschließend erfolgt die Verrechnung mit den errungenen Direktmandaten. Bei der Verteilung der Sitze werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben („Fünf-Prozent-Hürde“).

Die Wahlkreise

Landtagswahl am 17. September 2006



© Statistisches Landesamt M-V

Wahlkreise

- | | | |
|---------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|
| 1 Greifswald | 12 Bad Doberan II | 23 Nordvorpommern I |
| 2 Neubrandenburg I | 13 Demmin I | 24 Nordvorpommern II |
| 3 Neubrandenburg II | 14 Demmin II | 25 Nordvorpommern III / Stralsund I |
| 4 Rostock I | 15 Güstrow I | 26 Stralsund II |
| 5 Rostock II | 16 Güstrow II | 27 Nordwestmecklenburg I |
| 6 Rostock III | 17 Ludwigslust I | 28 Nordwestmecklenburg II |
| 7 Rostock IV | 18 Ludwigslust II | 29 Ostvorpommern I |
| 8 Schwerin I | 19 Ludwigslust III | 30 Ostvorpommern II |
| 9 Schwerin II | 20 Müritz I | 31 Parchim I |
| 10 Wismar | 21 Mecklenburg-Strelitz I/Müritz II | 32 Parchim II |
| 11 Bad Doberan I | 22 Mecklenburg-Strelitz II/Müritz III | 33 Rügen I |

Der Landtag wird wie der Bundestag nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, in das Elemente des Mehrheitswahlrechts integriert sind. Alle Wählerinnen und Wähler haben zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme legt jeder fest, wer ihn und die Menschen seiner Stadt oder Region direkt in Schwerin vertreten soll. Mit der zweiten Stimme entscheidet man, welche Partei die Mehrheit im Landtag erhalten soll.

Mecklenburg-Vorpommern ist in 36 Wahlkreise aufgeteilt. 36 der insgesamt 71 Abgeordneten sind deshalb Politiker, die in ihrer Heimatregion jeweils die meisten Erststimmen erhalten, also direkt gewählt werden. Die restlichen 35 Abgeordneten ziehen über die Landeslisten der Parteien gemäß deren Zweitstimmenanteil in den Landtag ein.

Fraktion der SPD



Dr. Till Backhaus ****
Dipl.-Agrar-Ing., Minister
19258 Niekritz, *1959
Direktmandat WK 17



Norbert Baunach ****
Dipl.-Lehrer
18055 Rostock, *1950
Direktmandat WK 6



Rudolf Borchert ***
Lehrer
17192 Waren/Müritz, *1952
Landesliste



Sylvia Bretschneider ****
Dipl.-Lehrerin
17033 Neubrandenburg
*1960, Direktmandat WK 3



Mathias Brodkorb **
Magister der Philosophie
18057 Rostock, *1977
Landesliste



Reinhard Dankert ****
Dipl.-Ing., Schiffselektriker
18236 Kröpelin, OT Klein
Nienhagen, *1951
Direktmandat WK 4



Jörg Heydorn **
Geschäftsführer
19055 Schwerin, *1957
Direktmandat WK 9



Dr. Klaus-Michael Körner ***
Theologe
17233 Neustrelitz, *1952
Direktmandat WK 21



Detlef Müller ***
Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
19288 Ludwigslust, *1955
Direktmandat WK 19



Heinz Müller ***
Lehrer
17321 Plöwen, *1954
Landesliste



Dr. Norbert Nieszery **
Archäologe
18249 Dreetz, OT Zibühl
*1960, Direktmandat WK 16



Angelika Peters ****
Erzieherin
18528 Bergen/Rügen *1946
Landesliste

Faktionsvorsitzender:
Stellv. Fraktionsvorsitzende:

Volker Schlotmann
Rudolf Borchert
Heinz Müller
Heike Polzin
Ute Schildt
Reinhard Dankert

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Fraktion der SPD



Heike Polzin ***
Lehrerin
19417 Warin, *1955
Direktmandat WK 27



Dr. Harald Ringstorff *****
Dipl.-Chemiker
Ministerpräsident
19417 Weiße Krug, *1939
Landesliste



Ute Schildt ***
Dipl.-Chemikerin
17121 Rustow, *1957
Landesliste



Volker Schlotmann *****
Binnenschiffer
18233 Rakow, *1956
Landesliste



Erwin Selling **
Verwaltungsrichter, Minister
17489 Greifswald, *1949
Landesliste



Dr. Margret Seemann **
Dipl.-Lehrerin
19243 Wittenburg, *1961
Direktmandat WK 18



Thomas Schwarz **
Busfahrer
19089 Demen, *1958
Direktmandat WK 32



Jochen Schulte **
Rechtsanwalt
18147 Rostock, *1962
Direktmandat WK 7



Martina Tegtmeier *
Kauffrau Groß-u. Außenhandel
19205 Dragun, *1958
Direktmandat WK 28



Dr. Gottfried Timm *****
Pastor
19055 Schwerin, *1956
Direktmandat WK 8



Dr. Gerd Zielenkiewitz **
Maurer,
Dipl.-Ing. Päd., Bauwesen,
23970 Wismar, *1948
Direktmandat WK 10

Dem Parlament von Mecklenburg-Vorpommern gehören 71 Abgeordnete an. Die Anzahl der Sternchen hinter dem Namen zeigt an, in der wievielten Wahlperiode die Mitgliedschaft im Landtag besteht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Mit-

gliedschaft ununterbrochen bestanden hat oder dass der oder die betreffende Abgeordnete jeweils die volle Wahlperiode dem Landtag angehörte.

Fraktion der CDU



Lorenz Caffier *****
Dipl.-Ing. Land –u. Forsttechnik
Minister
17235 Neustrelitz, *1954
Direktmandat WK 22



Kerstin Fiedler-Wilhelm **
Lehrerin
17379 Ferdinandshof, *1968
Direktmandat WK 35



Harry Glawe ****
Diplomkrankenschwester
18507 Grimmen, *1953
Direktmandat WK 24



Renate Holznagel *****
Tierärztin
17109 Demmin, *1949
Direktmandat WK 13



Dr. Armin Jäger ***
Rechtsanwalt
19061 Schwerin, *1941
Landesliste



Werner Kuhn *
Dipl.- Ing. Schiffstechnik
18374 Zingst, *1955
Direktmandat WK 23



Burkhard Lenz *
Kapitän, Unternehmer
Fahrgastreederei, 18581 Putbus/
Lauterbach, *1958
Direktmandat WK 34



Matthias Lietz *
Dipl.-Ing. (FH) Allg. Maschinen-
u. Fahrzeugbau, 17509 Lubmin,
*1953, Direktmandat WK 30



Egbert Liskow **
Dipl.- Ing. für Kraftwerks-
technik, 17493 Greifswald,
*1957, Direktmandat WK 1



Ilka Lochner-Borst **
Politikwissenschaftlerin
18299 Laage, *1970
Direktmandat (WK 15)



Mathias Löttge *
Bürgermeister
18356 Barth, *1958
Direktmandat WK 25



Marc Reinhardt *
Vermessungstechniker
17179 Gnoien, *1978
Direktmandat WK 14

Faktionsvorsitzender:
Stellv. Fraktionsvorsitzende:

Dr. Armin Jäger
Jörg Vierkant
Wolf-Dieter Ringguth
Beate Schlupp
Harry Glawe

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Harry Glawe

Fraktion der CDU



Wolf-Dieter Ringuth **
Dipl.-Ing.(FH)
17248 Rechlin (Nord), *1958
Direktmandat



Günter Rühls *
Unternehmer
17033 Neubrandenburg
*1953, Direktmandat WK 2



Beate Schlupp **
Bankkauffrau
17309 Jatznick, *1965
Direktmandat WK 36



Bernd Schubert **
Maschinenbauingenieur
17398 Ducherow, *1955
Direktmandat WK 29



Jürgen Seidel ***
Dipl.-Ing.,
stelv. Ministerpräsident
17192 Waren/Müritz, *1948
Landesliste



Peter Stein *
CDU
Dipl.-Ing. für Raumplanung
18182 Mönchhagen, *1968
Direktmandat WK 12



Dr. Henning von Storch **
Rechtsanwalt
18225 Ostseebad
Kühlungsborn, *1934,
Direktmandat WK 11



Udo Timm ***
Dipl.-Ing.(FH)
18528 Bergen auf Rügen
*1941
Direktmandat WK 33



Jörg Vierkant ***
Dipl.-Lehrer
18445 Parow, *1953
Direktmandat WK 26



Wolfgang Waldmüller *
Dipl.-Betriebswirt, selbstständig
19372 Lancken, *1962
Direktmandat WK 31

Fraktionen

(1) Eine Vereinigung von mindestens vier Mitgliedern des Landtages bildet eine Fraktion. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(2) Fraktionen sind selbständige und unabhängige Gliederungen des Landtages. Sie wirken mit eigenen Rechten und Pflichten bei der parlamentarischen Willensbildung mit. Sie haben Anspruch auf angemessene Ausstattung. Das Nähere regelt das Gesetz.

(3) Die Fraktionen haben Sitz und Stimme im Ältestenrat des Landtages.

(Verfassung Mecklenburg-Vorpommern, Artikel 25)

Fraktion der Linkspartei.PDS



Andreas Bluhm *****
Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler
19053 Schwerin, *1959
Landesliste



Barbara Borchardt ***
Dipl.-Juristin
19089 Hof-Barnin, *1956
Landesliste



Angelika Gramkow *****
Dipl.-Ökonomin
19055 Schwerin, *1958
Landesliste



Helmut Holter ****
Dipl.-Ing.
19059 Schwerin, *1953
Landesliste



Torsten Koplín ***
Schlosser
17033 Neubrandenburg,
*1962, Landesliste



Dr. Marianne Linke *
Agrarmeteorologin
19055 Schwerin, *1945
Landesliste



Regine Lück **
Dipl.-Staatswissenschaftlerin
18055 Rostock, *1954
Landesliste



Gabriele Měšt'an ***
Dipl.-Historikerin
19230 Hagenow, *1951
Landesliste



Prof. Dr. Wolfgang Methling *
Fachtierarzt für Tierhygiene
18059 Niendorf, *1947
Direktmandat WK 5



Irene Müller **
Reha-Pädagogin
19099 Goldberg, *1955
Landesliste



Peter Ritter ****
Dipl.-Philosoph
17139 Malchin, *1959
Landesliste



Birgit Schwebs ***
Dipl.-Philosophin
18239 Hanstorf, *1962
Landesliste



Prof. Dr. Fritz Tack *
Dipl.-Landwirt
18196 Dummerstorf, *1942
Landesliste

Faktionsvorsitzender:

Stellv. Fraktionsvorsitzender:

Parlamentarische Geschäftsführerin:

Prof. Dr. Wolfgang Methling

Helmut Holter

Gabriele Mest'an

Fraktion der FDP



Ralf Grabow *
Unternehmer
18146 Rostock, *1965
Landesliste



Hans Kreher *
Gymnasiallehrer i. R.
23996 Bad Kleinen, *1943
Landesliste



Gino Leonhard *
Bürgermeister a. D.
18565 Vitte, *1972
Landesliste



Sebastian Ratjen *
Zahnarzt
17489 Greifswald, *1972
Landesliste



Sigrun Reese *
Geschäftsführerin
17398 Anklam, *1970
Landesliste



Michael Roolf *
Unternehmer
23968 Barnekow, *1961
Landesliste



Toralf Schnur *
Sachbearbeiter
17192 Waren/Müritz, *1975
Landesliste

Faktionsvorsitzender:
Michael Roolf

**Stellv.
Faktionsvorsitzende:**
Sigrun Reese

**Parlamentarischer
Geschäftsführer:**
Gino Leonhard

Verhaltensregeln für die Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

I. Die Abgeordneten haben zur Aufnahme in das Handbuch des Landtages folgende Angaben zu machen:

1. Die gegenwärtig ausgeübten Berufe, und zwar
 - a) unselbstständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers (mit Branche), der eigenen Funktion bzw. dienstlichen Stellung,
 - b) selbstständige Gewerbetreibende: Art des Gewerbes und Angabe der Firma,
 - c) freie Berufe, sonstige selbstständige Berufe: Angabe des Berufszweiges,
 - d) Angabe des Schwerpunktes der beruflichen Tätigkeit bei mehreren ausgeübten Berufen.
2. Früher ausgeübte Berufe, soweit sie im Zusammenhang mit der Mandatsübernahme aufgegeben worden sind.
3. Vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Organs einer Gebietskörperschaft, eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats, einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen

Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts.

4. Vergütete und ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen.

- II. Die Abgeordneten haben dem Präsidenten jährlich anzuzeigen:
1. Entgeltliche Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten, publizistische und Vortragstätigkeit, soweit diese Tätigkeiten nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegen.
 2. Zuwendungen und Vergünstigungen, die sie für ihre politische Tätigkeit als Landtagsabgeordnete erhalten haben. Die Abgeordneten haben hierfür gesondert Rechnung zu führen.

Die Anzeigepflicht entsteht, wenn die Summe aller Einnahmen nach Nr. 1 oder der Zuwendungen und Vergünstigungen nach Nr. 2 den Wert von 125 € je Zuwendungsgeber in einem Kalenderjahr überschreitet. Überschreiten die nach Nr. 1 erzielten Einnahmen oder die

Fraktion der NPD



Michael Andrejewski *
NPD
Volljurist
17389 Anklam, *1959
Landesliste



Raimund Borrmann *
NPD
Philosoph
18209 Bad Doberan, *1960
Landesliste



Stefan Köster *
NPD
Betriebswirt/VWA
19230 Pätow-Steegen, *1973
Landesliste



Birger Lüssow *
NPD
Energieelektroniker
18119 Rostock, *1975
Landesliste



Udo Pastörs *
NPD
Kaufmann
19249 Lübbtheen, *1952
Landesliste



Tino Müller *
NPD
Maurer
17373 Ueckermünde, *1978
Landesliste

Faktionsvorsitzender: Udo Pastörs
Stellv. Fraktionsvorsitzender: Tino Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer: Stefan Köster

Verhaltensregeln für die Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Zuwendungen und Vergünstigungen nach Nr. 2 den Wert von 750 € je Zuwendungsgeber in einem Kalenderjahr, so sind sie als Amtliche Mitteilung zu veröffentlichen.

III. Wirkt ein Abgeordneter in einem Ausschuss an der Beratung oder Abstimmung über einen Gegenstand mit, an welchem er selbst oder ein anderer, für den er gegen Entgelt tätig ist, ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse hat, so hat er auf diese Interessenverknüpfung zuvor im Ausschuss hinzuweisen.

IV. In beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten sind Hinweise auf Mitgliedschaft im Landtag zu unterlassen.

V. Der Abgeordnete ist verpflichtet, sich in Zweifelsfragen durch Rückfragen beim Präsidenten über die Auslegung der Bestimmungen zu vergewissern.

VI. Wird der Vorwurf erhoben, dass ein Abgeordneter gegen diese Verhaltensregeln verstoßen hat, so haben der Präsident und die Vizepräsidenten den Sachverhalt aufzuklären. Das Gleiche gilt, wenn ein Abgeordneter selbst verlangt, einen gegen ihn erhobenen Vorwurf aufzuklären; das Verlangen muss ausreichend begründet sein.

Der Präsident und die Vizepräsidenten haben den betroffenen Abgeordneten anzuhören. Ergeben sich Anhaltspunkte für einen Verstoß, so hat der Präsident gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der Fraktion, der der betreffende Abgeordnete angehört, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Präsident teilt das Ergebnis der Überprüfung dem Landtag mit, wenn ein Verstoß festgestellt worden ist.

Der Präsident hat, wenn die Überprüfung nicht ergeben hat, dass ein Verstoß vorliegt, auf Ersuchen des betroffenen Abgeordneten dem Landtag dieses Ergebnis mitzuteilen.

(Anlage 2 zur Geschäftsordnung der 5. Wahlperiode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern)

Fraktionsfinanzen und Regeln für Mitarbeiter geändert

Landtag beschloss neues Abgeordnetengesetz



Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner vierten Sitzung am 19. Oktober eine Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen. Damit werden die den Fraktionen zustehenden Gelder nach einem neuen Modus berechnet sowie die Anforderungen an Fraktionsmitarbeiter präzisiert. Die NPD hatte versucht, die Sitzung kurzfristig untersagen zu lassen, war aber mit ihrem Eilantrag beim Landesverfassungsgericht gescheitert. Die FDP stimmte der Gesetzesänderung ebenso zu wie SPD, CDU und Linkspartei.PDS.

Zugleich bestätigten die Abgeordneten die bereits im vergangenen Jahr beschlossene Erhöhung ihrer Diäten auf 4.465 Euro brutto. Die Bezahlung der Abgeordneten orientiert sich damit an der Besoldung eines verheirateten Vorsitzenden Richters am Landgericht, der 40 Jahre alt ist und zwei Kinder hat. Zugleich wird die Altersversorgung von 75 auf 71 Prozent der Diäten gesenkt sowie das Sterbegeld gestrichen. Zahlreiche Änderungsanträge der NPD wurden von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, **Lorenz Caffier**, wies angesichts der nur halbständigen Debatte darauf hin, dass die Diätenerhöhung bereits in der vergangenen Wahlperiode ausführlich erörtert und auch vom kritischen Steuerzahlerbund akzeptiert wurde.

Die FDP begrüßte, dass die Diäten nun an die Richterbesoldung gekoppelt sind und damit ein externer Vergleichsmaßstab gefunden wurde. Der Fraktionsvorsitzende **Michael Rooff**

regte jedoch eine weitere Änderung an, mit der die Abgeordneten sich mehr eigene Aufwendungen für die Altersvorsorge zumuten sollten.

Der NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** kritisierte in einer lautstarken Rede die Diätenerhöhung als unangemessen angesichts der Einkommen vieler Mecklenburger und Vorpommern.

Angelika Gramkow von der Linkspartei.PDS-Fraktion warf ihm vor, „auf dem Rücken der Probleme der Menschen dieses Landes ... (eine) propagandistische Show“ abzuziehen.

Nach der Änderung des Berechnungsverfahrens für Fraktionsfinanzen steht den kleineren Parteien weniger Geld zu. Die Grundbeträge der Fraktionen werden gesenkt und dafür die abgeordnetenbezogenen Zuwendungen erhöht. Die NPD bekommt damit 600.000 statt 847.000 Euro jährlich, die FDP 675.000 statt 882.000 Euro. Dies ist laut Landtag aber immer noch rund die Hälfte des Geldes, das etwa die gut drei Mal so große CDU-Fraktion erhält.

Auch die Voraussetzungen für die Einstellung von Mitarbeitern wurden präzisiert. Danach erstattet der Landtag Aufwendungen für Mitarbeiter der Abgeordneten nur, wenn diese ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen, „das keine Eintragungen wegen vorsätzlich begangener Straftaten enthält“. „Angestellte der Fraktionen haben eine besondere Aufgabe bei der Unterstützung der parlamentarischen Demokratie“, heißt es zur Begründung im Gesetz. Die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses für Wahlkreismitarbeiter sei bisher zwar bereits in den Ausführungsbestimmun-

gen vorgesehen gewesen, werde nunmehr aber gesetzlich festgeschrieben.

Als weitere Bedingung für die Erstattung von Mitarbeiterbezügen schreibt das Gesetz vor, dass der entsprechende Mitarbeiter nicht mit dem Abgeordneten verheiratet ist bzw. in einer Lebenspartnerschaft lebt, und nicht bis zu dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad mit ihm verschwägert ist.

Immunität aufgehoben

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner vierten Sitzung am 19. Oktober die Immunität des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** aufgehoben. Dies hatte das Landgericht Itzehoe beantragt. Köster, auch Landesvorsitzender seiner Partei in Mecklenburg-Vorpommern, war vom Itzehoer Amtsgericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden, weil er eine am Boden liegende Demonstrantin getreten haben soll. Er hatte, ebenso wie die Staatsanwaltschaft, gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt. Als Abgeordneter unterliegt er aber der Immunität, das Verfahren hätte ohne Aufhebung nicht fortgeführt werden können.

STICHWORT

Immunität

Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung dürfen Abgeordnete nur mit Genehmigung des Landtages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, sie werden bei Ausübung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen. Strafverfahren gegen Abgeordnete sowie Haft oder sonstige Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Landtages auszusetzen.

(Verfassung M-V, Artikel 24, Abs. 2)

Abschied vom Landtag, aber nicht von der Politik

Ehemalige Abgeordnete empfangen

Als sich der Landtag am 16. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung versammelte, waren 27 bisherige Mitglieder des Landtages nicht mehr dabei. Sie hatten sich bei der Landtagswahl am 17. September nicht erneut um ein Mandat beworben oder aber den Einzug ins Landesparlament nicht wieder geschafft. Um ihnen für ihre geleistete Arbeit zu danken und ihnen alles Gute für ihre zukünftigen Pläne und Aufgaben zu wünschen, hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu einem kleinen Abschiedsempfang ins Schweriner Schloss eingeladen.



27 Abgeordnete der 4. Wahlperiode gehören dem neuen Landtag nicht mehr an. Zu ihnen gehören: v.l. Reinhardt Thomas, Michael Ankermann, Hannelore Monegel, Hans-Heinrich Jarchow, Maika Friemann-Jennert, Wolfgang Riemann, Karin Schmidt, Martin Brick, Siegfried Friese, Thorsten Renz. (3.v.l. Sylvia Bretschneider)

Als sich am 7. November zahlreiche „Ehemalige“ im Schloss-Café wieder trafen, schwang neben Wiedersehensfreude auch ein bisschen Wehmut mit. Schließlich waren die meisten nicht nur die vergangenen vier Jahre im Schweriner Schloss ein und aus gegangen. Einige, wie Wolfgang Riemann, Siegfried Friese, Martin Brick, Reinhardt Thomas und Rainer Prachtl, gehörten dem Landesparlament seit 1990 an. Diese „Urgesteine“ hätten den Landtag maßgeblich mit geprägt, betonte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, als sie sich bei allen für ihre geleistete Arbeit bedankte. Sie bedauere, dass so viele erfahrene Parlamentarier dem Landtag in dieser Legislaturperiode nicht angehören. „Wir könnten Ihre Erfahrung in der jetzigen Konstellation gut gebrauchen“, betonte sie.

Man werde auf jeden Fall in Kontakt bleiben, so die einhellige Meinung aller. Für die meisten der Ehemaligen ist das Ausscheiden aus dem Landtag ohnehin kein Abschied von der Politik. Viele werden sich als Abgeordnete ihrer Kommunalparlamente auch weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger engagieren. Sylvia Bretschneider lud dazu ein, sich auch im Verein der ehemaligen Mitglieder des Landtages über die Landespolitik auf dem laufenden zu halten und die Erfahrungen auch auf diesem Wege weiterzugeben.

18

Umweltschutz in der Schule

Schüler aus Stavenhagen gewannen Umweltpreis des Landtages

Frei regulierbare Heizkörper in jedem Klassenraum, Temperaturabsenkung nach Unterrichtschluss, kein unmotiviertes Ein- und Ausschalten der Raumbeleuchtung, Entnahme unnötiger Leuchtstoffröhren auf den Fluren, Einspeisevergütung für vorhandene Photovoltaikanlage – diese und weitere Energiespar-Vorschläge haben die Schülerinnen und Schüler der Reuterstädter Gesamtschule Stavenhagen bei ihrem „Energiespar-konzept für das Haus 1 der Reuterstädter Gesamtschule Stavenhagen“ erarbeitet – und mit diesem Projekt den Umweltpreis des Landtages gewonnen.



Mit einem Energiesparkonzept für ihre Schule gewannen die Schülerinnen und Schüler aus Stavenhagen den Umweltpreis des Landtages.

„Wieder haben Jugendliche mit ihren Arbeiten bewiesen, dass sie aktiv an der nachhaltigen Entwicklung der Umwelt in unserem Land mitwirken“, freute sich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, als sie am 21. September im Rahmen einer Feierstunde die Preisträger bekannt gab. Als 1. Preisträger hatten die Stavenhagener doppelten Grund zur Freude – neben der öffentlichen Anerkennung ihrer Leistung gewannen sie ein Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro. Den zweiten Preis und damit 10.000 Euro errangen Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule „Käthe Kollwitz“ aus Rehna für die Arbeit „Öko Audit – Haus für regenerative Energie“.

Seine Ausschreibung für den Umweltpreis hatte der Landtag diesmal unter das Thema gestellt „Nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur Einsparung von Energie an Schulen und Berufsschulen“. Eine Jury unter Leitung von Birgit Schweps, Vorsitzende des Umweltausschusses des Landtages, hatte die Arbeiten begutachtet und die Preisträger ermittelt. Als Fachgutachter und Laudatoren wirkten Prof. Dr. Wolfgang Riedel von der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock und Prof. Dr. Mathias Grünwald von der Hochschule Neubrandenburg bei der Beurteilung der eingereichten Wettbewerbsbeiträge mit.

Den Umweltpreis zum Gedenken an Ernst Boll, einen bedeutenden Naturforscher und Historiker aus Neubrandenburg (1817 – 1868), lobt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit 1992 aus. Ziel ist es, herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz zu würdigen, die weitere Arbeit der Preisträger zu fördern und zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Land beizutragen. Die Vergabe der Auszeichnung erfolgt alle zwei Jahre.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2007

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mo Neujahr	1 Do	1 Do	1 So Palmsonntag	1 Di Tag der Arbeit	1 Fr	1 So	1 Mi	1 Sa Weibniedsonntag	1 Mo	1 Do Merkfest	1 Sa
2 Di	2 Fr	2 Fr	2 Mo	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr Merkfest	2 So 1. Advent
3 Mi	3 Sa	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 Mo	3 Mi Tag der Betriebsratwahl	3 Sa	3 Mo
4 Do	4 So	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo	4 Mi	4 Sa	4 Do	4 Do	4 So	4 Di
5 Fr	5 Mo	5 Mo	5 Do Gründonnerstag	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo	5 Mi
6 Sa Heilige Drei Könige	6 Di	6 Di	6 Fr Karfreitag	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do
7 So	7 Mi	7 Mi	7 Sa	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Fr
8 Mo	8 Do	8 Do	8 So Ostermontag	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Sa	8 Mo	8 Do	8 Sa
9 Di	9 Fr	9 Fr	9 Mo Ostermontag	9 Mi	9 Sa	9 Mo	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr	9 So 2. Advent
10 Mi	10 Sa	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 Mo	10 Mi	10 Sa	10 Mo
11 Do	11 So	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa	11 Do	11 Do	11 So	11 Di
12 Fr	12 Mo	12 Mo	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo	12 Mi
13 Sa	13 Di	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Do
14 So	14 Mi	14 Mi	14 Sa	14 Mo	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Fr
15 Mo	15 Do	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Sa	15 Mo	15 Do	15 Sa
16 Di	16 Fr	16 Fr	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Mo	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 So 3. Advent
17 Mi	17 Sa	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 Mo	17 Mi	17 Sa	17 Mo
18 Do	18 So	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo	18 Mi	18 Sa	18 Do	18 Do	18 So	18 Di
19 Fr	19 Mo	19 Mo	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo	19 Mi
20 Sa	20 Di	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Do
21 So	21 Mi	21 Mi	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Fr
22 Mo	22 Do	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi	22 Sa	22 Mo	22 Do	22 Sa
23 Di	23 Fr	23 Fr	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Mo	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 So 4. Advent
24 Mi	24 Sa	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 Mo	24 Mi	24 Sa	24 Mo
25 Do	25 So	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo	25 Mi	25 So	25 Do	25 Do	25 So	25 Di
26 Fr	26 Mo	26 Mo	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo	26 Mi
27 Sa	27 Di	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo	27 Do	27 Sa	27 Do	27 Do
28 So	28 Mi	28 Mi	28 Sa	28 Mo	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Fr
29 Mo	29 Do	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Sa	29 Mo	29 Do	29 Sa
30 Di	30 Fr	30 Fr	30 Mo	30 Mi	30 Sa	30 Mo	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 So
31 Mi	31 Sa	31 Sa	31 Di	31 Do	31 Do	31 Di	31 Fr	31 So	31 Mi	31 Do	31 Mo



- Sitzungswochen
- Sitzungswochen Landtagsausschüsse
- Sitzungswochen Landtag
- Tagungswochen Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen
- Bundestag
- Sitzungsfreie Zeit

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385 / 525-0, Telefax: 0385 / 525 21 21
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de





◀ Vor Beginn der Konstituierenden Sitzung des Landtages am 16. Oktober demonstrierten vor allem Jugendliche auf dem Alten Garten in Schwerin gegen den Einzug der NPD ins Landesparlament.

Am 7. November starteten Sandra Porwollik und Timm Berger zusammen mit Freunden vor dem Schweriner Schloss einen „Höranschlag“ auf die Landespolitik. Sie spielen Passanten und Landespolitikern die Meinungen von Jugendlichen zur Landespolitik vor. Die CD war mit Unterstützung des Rostocker Lokalenders „Lohro“ entstanden und wurde auch an alle Fraktionen des neuen Landtages verteilt. „Das Hörstück kann den Abgeordneten vielleicht Anregungen für ihre Arbeit geben“, so Timm Berger. Auf jeden Fall sei es ein akustisches Stimmungsbild der Jugend in unserem Land.



▲ Für die Berichterstattung vom Wahlabend im Schweriner Schloss wurde der Plenarsaal komplett umgebaut: ARD, ZDF und NDR errichteten hier ihre Wahlstudios, um live vom Geschehen am Sitz des Landtages zu berichten und aktuelle Interviews und Analysen zu senden.

Am 21. September 2006 konstituierte sich im Schweriner Schloss das Organisationskomitee zur Vorbereitung des 5. Altenparlaments. Dem Gremium gehören Vertreterinnen und Vertreter der in der Seniorenarbeit tätigen Organisationen an. Zur Vorsitzenden wurde Irmgard Paetow gewählt. In ihrem Grußwort appellierte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an die Seniorenvertreter, bei der thematischen Vorbereitung des Altenparlaments neben spezifischen Problemen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger auch gesamtgesellschaftliche Themenbereiche einzubeziehen, um Beschlüsse zu fassen, die auch auf landespolitischer Ebene umsetzbar sind. „Nur so ist es möglich, unsere Landespolitik auch an der Umsetzung Ihrer Forderungen zu messen“, betonte sie.

